

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Abonnementpreis: 30000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 20000,- M. Einzelnummer 8000,- M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Vertrieb: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 25 000,- M., auswärts 30 000,- M., die 3spalt. Reklamazeile 100 000,- M., auswärts 125 000,- M., Ausland 100 000 u. 800 000 M. Bei mehrmal. Ausgabe Ermäßig. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Abz. für Kleinanzeigen, 10 000 M.

Nr. 189

Dresden, Mittwoch den 15. August 1923

34. Jahrg.

Stresemanns Programmrede

Das neue Reichskabinett hat sich gestern dem Reichstag vorgestellt. Stresemanns Programmrede brachte uns nichts Überraschendes Neues. Wer seine Entwicklung verfolgt hat, mußte auch, daß er sich von den Ungeschicklichkeiten Cuno'scher Formulierungen freihalten, daß er sich außenpolitisch für die Verständigung mit Frankreich, innenpolitisch für den Schutz der Verfassung aussprechen würde. Marfantere Töne, wie wir sie von einem Kabinett gewünscht hätten, in der Sozialdemokratie mißfiel, unterließen. Daß die Deutschnationalen sich scharf gegen das Kabinett Stresemann erklären, beweist nur, wie viel sie am Kabinett Cuno verloren haben, aber es beweist nicht mehr. Wir zweifeln nicht daran, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder von dem Trange befreit sind, diese Regierung zu einer freibeweglichen Politik gründlicher Reformen voranzutreiben. Ob es gelingen kann, mag jeder selbst beurteilen, der sich die Liste der bürgerlichen Regierungsteilhaber ansieht.

Über Herrn Dr. Eckler brauchen wir kein Wort weiter zu verlieren. Daß die Demokraten gewagt haben, ihn wieder zu präsentieren, ist ein Skandal, und das Mindeste wäre gewesen, daß unsere Genossen die sofortige Ausschaffung Ecklers verlangen. Auch Reichsernährungsminister Dr. Raumer ist einer von den alten Leuten; die katastrophalen Ernährungsverhältnisse von heute sind zum guten Teil ihm aufs Konto zu schreiben. Und Dr. Raumer von der Deutschen Volkspartei, der für den ausgeschiedenen Dr. Becker das Reichswirtschaftsministerium übernimmt, ist untrüglich bekannt vom Kabinett Fejzenbach her. Dort galt er als Fachmann und „enttäuschte“ ähnlich wie der Fachmann Cuno und sein famoses Fachmännerkabinett.

Und Dr. Stresemann selbst? Wer vor zwei Jahren in der Sozialdemokratie Herrn Dr. Stresemann für den fünftägigen Reichskanzler erklärt hätte, dürfte eines Geistes- und Verstandes sicher sein. Stresemann galt lange Zeit als eine Art Handlungsreisender in der Politik. Gut, er hat sich entwickelt, wie man so sagt, und wir sind die letzten, die jemand verübeln, wenn er aus den Zeiten lernt. Stresemann hat zweifellos gelernt. In der Volkspartei galt er als einer der ersten, die sich mit der Republik als dem Boden der gegebenen Tatsachen abfanden. Und je drohender der deutsche Finanzbankrott wurde, um so mehr legte sich Stresemann in den Reihen der Volkspartei für die Erfassung der Sachwerte ein. Will man ihn vergleichen, so muß man ihn ungefähr neben Erzberger stellen, der von sich auch sagen konnte, daß er nicht gerade von Jement sei. Doch Erzbergers Elastizität hatte immerhin republikanisch-demokratische Sprünge von Genuß aus als Stresemann. Erzbergers Kämpfe innerhalb seiner Partei für eine demokratische Politik und eine sozialistisch gerichtete Wirtschaftspolitik war tapferer und zäher als Stresemanns Eintreten für die heutige Staatsverfassung und die Erfassung der Sachwerte. Das macht: Erzberger hatte mehr Mut zu Unpopularität als Stresemann. Uns scheinen also die Hoffnungen, die demokratische Blätter jetzt an den neuen Reichskanzler knüpfen, selbst vom demokratisch-republikanischen Standpunkte aus reichlich übertrieben.

Ein großer Teil der Parteipresse hat sich ebenso wie wir gegen das Zustandekommen dieser großen Koalition ausgesprochen, aber ebenso steht die Parteipresse auf dem Standpunkte, daß es jetzt die Taten des Kabinetts abzuwarten gilt, wie zu dem Experiment weiter Stellung zu nehmen ist. Herr Wulle verließ gestern im Reichstag den Befürworter der deutsch-sozialistischen Ausdrücke, daß die neue Regierung energig gegen die rechtsradikalen Treiber einzuwirken könnte, denn die Homogenität zwischen dem Reich und dem völkernationalistischen Sachsen und Thüringen sei nun hergestellt zu dem großen S in Preußen, Seevering, käme man das große S im Reichstage, Solmann, von dem er wisse, daß er die Deutschsozialisten kesse. Wir wünschen, daß die Befürwortungen des Herrn Wulle durch den Genossen Solmann gerechtfertigt werden und neben ihm im übrigen die Genossen, die die Aufgabe übernommen, durch Befestigung an der Regierung die bürgerlichen Parteien vorwärts zu peitschen, um ihre Aufgabe nicht. Dieser Erfolg hätte ihnen nur süßen können, wenn mit einem viel weitergehenden Programm und mit anderen Männern als den genannten eine Regierung zustande kam. Unsere Hoffnungen auf Erfolge, die der Zeit ihre Rautierkräfte beschneiden, sind darum gering. Ueberzeugen uns die Taten der Zukunft und irgendwelche Erfolge unserer Genossen im Kabinett, daß wir mit unserer Meinung unredlich haben, so sind wir die letzten, die sich von Tatzfuchen nicht überzeugen lassen. Bis dahin jedoch werden wir zu dieser Koalition eine abwartende Haltung einnehmen und werden uns unserer Kritik mit aller Deutlichkeit hervortreten, sobald und so oft es uns das Interesse der Gesamtbewegung notwendig erscheinen läßt.

Deutscher Reichstag

881. Sitzung, Dienstag, 14. August, nachmittags 2 Uhr.

Saal und Tribünen sind stark besetzt. Vor dem Reichstagsportal drängt sich die Menge. An den Zugängen ist die Scharrenkontrolle verschärft. Die Mitglieder des neuen Kabinetts nehmen um 2 1/2 Uhr die Regierungsbühne ein.

Vorsitzend löst gleich darauf die Sitzung, auf deren Tagesordnung als erster Punkt steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Koenen (Komm.) die Aufhebung der Ausschlußverordnungen vom 10. August, die Beratung des Antrages als

ersten Punkt der Tagesordnung sowie die Besprechung auf Aufhebung des Verbots öffentlicher Versammlungen. Ohne Debatte wurden beide Anträge abgelehnt.

Der Präsident gibt dann dem

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort. Er wird von den Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen: Für Sinnes und Poicare! Der Reichskanzler nennt zunächst unter Lärm der Kommunisten die Mitglieder des neuen Kabinetts; bei dem Namen Eckler rufen die Kommunisten: „Das ist der Richtige!“ Zu den bereits mitgeteilten Namen kommt als Wirtschaftsminister von Raumer. Das Außenministerium und das Postministerium sind noch unbekannt. Mit besonderem Beifall wird die Mitteilung von der Bildung eines neuen Ministeriums für die besetzten Gebiete aufgenommen. — Als sich trotz der Mahnung des Präsidenten die lärmenden Rühmungen der Kommunisten wiederholen, ruft ihnen der Reichskanzler zu: Demokratie heißt Herrschaft der Mehrheit und heißt nicht Diktatur einer Minderheit durch Lärm. (Lebh. Beifall.) Der Kanzler verliest dann eine Erklärung der neuen Reichsregierung:

Der Charakter des neuen Kabinetts ist durch seine Entstehung gegeben. Es ist aufgebaut auf parlamentarischer Basis. Es ist entstanden in einer außergewöhnlich ernst und verantwortungsvollen Zeit. Wir stehen außenpolitisch und innenpolitisch vor großen Spannungen und großen Entscheidungen. Diese Entscheidungen verlangen den Zusammenhalt aller den verfassungsmäßigen Staatsorganen beteiligten Kräfte. Es ist völlig möglich, darüber zu streiten, ob dieses Kabinett mehr nach der einen oder anderen parteipolitischen Seite hin beeinflusst werde. Den Anhängern von außen und innen wird der Staat nur bestehen können, wenn Regierung und eine staatsbezogene Opposition sich in der Sorge um die deutsche Zukunft zusammenschließen. (Zustimmung.) Das Ausland möge nicht glauben, daß dieser Kabinettswechsel ein Zeichen der Schwäche sei. Dieses Kabinett, das

auf der breitesten parlamentarischen Grundlage aufgebaut ist, breiter als je ein Kabinett seit dem Wachsen der deutschen Republik, will auch das härteste Kabinett gegen jeden Vorkauf der Vergewaltigung Deutschlands sein. (Wohlgel.) Ob es dieses Ziel erreicht, wird von dem Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern, von dem Zusammenwirken mit dem gesamten Völkerverbande abhängen. Das Reichskabinett hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern. Die Einfügung dieser Eigenart in das Reichsgesamte war aber auch zu keiner Zeit mehr gegeben als in der Gegenwart. Das Reich will ein geeinigtes und einigtes Land sein, vor allem zum staatlichen Denken muß vom Völkerverband ausgehen. Wer in der heutigen Zeit glaubt, daß die Verhältnisse ihm das Recht geben, um gewalttätige Angriffe gegen den

Ende des „Generalstreiks“

Berlin, 14. August. (Eig. Bericht.) Der von den Kommunisten für Groß-Berlin am Sonnabend ausgetragene und bis zum Dienstag „befristete“ Generalstreik hatte am Dienstag seinen völligen Zusammenbruch. Das äußere Kennzeichen dafür war, daß seit 9 Uhr morgens die Straßenbahn, die durch Abschaltung der Stromversorgung, nicht durch Streik der Straßenbahner still lag, ihren Betrieb wieder aufnahm. Die kommunistischen Anhänger des Streiks versuchten allerdings, zumal in den Außenbezirken, den Verkehr weiterhin zu unterbinden. An den Endhaltestellen wurden den Führern diesfalls die Kurben gewaltsam entziffert. Zu einem größeren Zwischenfall kam es in den Mittagsstunden in der Frankfurter Allee, wo die Kommunisten aus Pfastersteinen einen Damm errichteten, um die Straßenbahnen stillzulegen. Aus einer großen Menge, die sich dabei ansammelte, wurde auf Polizeibeamte geschossen, die das Feuer erwiderten. Als Verletzte festgestellt wurde lediglich eine Person. Mit Hilfe der Schutzpolizei wird der Straßenbahnverkehr aufrechterhalten, wenn auch nicht im vollen Umfang. In den Mittagsstunden hat auch der Autobusverkehr wieder eingesetzt, so daß gegen Abend der Groß-Berliner Verkehr nahezu wieder normal war. Unter diesen Umständen sah sich der Ausschuss der kommunistischen Betriebsräte Groß-Berlins wohl oder übel veranlaßt, den Streik abzublenden und die Wiederaufnahme der Arbeit für die Nacht zu empfehlen. Danach ist anzunehmen, daß am Mittwoch in Berlin wieder allgemein gearbeitet wird.

Von dem im Laufe des Sonntag bis Montag in Berlin im Zusammenhang mit dem Generalstreik festgenommenen Personen wurden bis jetzt 110 dem Richter vorgeführt; gegen 81 von ihnen ist richterlicher Haftbefehl ergangen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag sowie im Laufe des Dienstag erfolgten weitere 130 Festnahmen von Personen, die sich Uebergriffe gegen Arbeitswillige zuschulden kommen ließen.

Die aus dem übrigen Reich vorliegenden Nachrichten betreffen ebenfalls, daß dort, wo die Generalstreikparole der Kommunisten Mißbrauch fand, spätestens am Mittwoch ein erdültiger Zusammenbruch der kommunistischen Aktion zu erwarten ist.

Über die blutigen Vorfälle in Jena erhalten wir noch folgenden Bericht: Streikende Kommunisten besetzten am Sonntag das Rathaus. Von dort aus wurde die Jener Schutzpolizei beschossen. Ein Arbeiter wurde verundet. Ausländische riefen Hilfe von auswärts herbei. 6000 bis 8000 Bergarbeiter aus den umliegenden Eruben erschienen plötzlich in Jena und zogen allig gegen die von Merseburg herbeigerufenen Polizei-Hundertschaften vor. Diese machten in der Abwehr von ihrer Schutzwaffe Gebrauch. Es blieben 10 Tote und 14 bis 16 Verwundete auf der Straße. Darunter

Staat und seine Verfassung zu richten, der wird, wo er immer stehen möge, auf den unbedingten Willen der Reichsregierung stehen, dieser Gewalttätigkeit mit allen Kräften entgegenzutreten. (Lebh. Beifall.) Die Reichsregierung hat den Willen, dies zu tun und sie hat die Absicht, dieses Machtmittel gegen jeden einzusetzen, der sich anmaßt, den Staat und seine Verfassung unterminieren zu wollen. (Lebh. Beifall.)

Die stark muß die Empfindung des an Deutschland verübten Unrechts sein, wenn die englische Note an Frankreich trotz den engen Beziehungen der Mächten untereinander der Weltöffentlichkeit dieses Unrecht vor Augen führt. (Sehr wohl!) Der passive Widerstand der deutschen Bevölkerung hat seine tiefsten Wurzeln in seinem festen Bewußtsein des guten Rechts. Unzweifelnd wird dieses gute Recht nunmehr auch von der britischen Regierung anerkannt. Wenn von den Ausführungen der englischen Note über die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung auch nicht ohne weiteres die Lösung der Ruhr- und Rheinfrage zu erwarten ist, so dürfen wir doch annehmen, daß die Stundgebung der britischen Auffassung auch in Frankreich und Belgien nicht ohne Widerhall bleiben wird. Die Reichsregierung ist auch überreits damit einverstanden, daß die Frage der Recht- oder Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß jede unparteiische Entscheidung und die Verhängung über das Ruhrgebiet niedergehen wird. Man nenne das deutsche Volk einst Holz das Volk der Arbeit. Ringers Flanz der Rhythmus ununterbrochener Arbeit härter als an der Ruhr. Man redet uns heute an, wie sollten an der Ruhr zur Arbeit zurückkehren. Wir können uns danach, daß das Ruhrgebiet zur Arbeit zurückkehrt.

Aber Arbeit und Freiheit sind für das Ruhrgebiet identische Begriffe.

(Lebhafter Beifall.) An dem Tage, an dem uns die Verfügung über das Ruhrgebiet zurückgegeben wird, werden alle Kräfte sich regen, um die unerträgliche Stilllegung der Schmelzwerke der deutschen Wirtschaft zu beenden. Wenn uns die freie und unabhängige Verfügung über das Ruhrgebiet wieder gesichert ist, wenn die Rheinlande sich in dem international garantierten vertragsmäßigen Zustande befinden, wenn jeder verwegene Deutsche von Ruhr und Rhein der Freiheit und der Heimat wiedergegeben ist, dann werden wir nach einer uns zu gewöhnlichen Atempause unter Ausbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes auch die

Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Lasten uns bei harter Arbeit die Erleichterung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Weiterentwicklung unsres Volkes gewährleisten, ohne die stillen Kräfte zu einer Ermüdung härterer Leistungen nicht aufgebracht werden können. (Lebhafter Beifall.)

Nicht wäre falscher, als etwa die Tatsache der englischen

befindet sich nur ein Toter aus Jena, die übrigen sind aus der Umgebung. Regierungspräsident Genosse Bergemann hat eine genaue Untersuchung der Vorfälle angeordnet.

In Leipzig hatte die Betriebsräteversammlung einen einstägigen „Generalstreik“ gegen die große Koalition beschlossen. Er wurde nur zum Teil durchgeführt, doch haben die Arbeiter der städtischen Gaswerke die Arbeit erst niedergelegt. Ihnen haben sich die Arbeiter des Elektrizitätswerks angeschlossen. Leipzig war Dienstagabend ohne Gas und elektrischen Strom.

In Senftenberg ist es nach bürgerlichen Meldungen zu schweren Zusammenstößen mit der Schupo gekommen, wobei 3 Tote und 14 Verwundete zu verzeichnen waren.

Offachsens Protest an den Parteivorstand

In einer gestern stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des eigenen Bezirksvorstandes mit Vertretern der neun unterbesetzten Offachsens der V. S. B. D. wurde nach eingehender Aussprache folgende Entschließung mit elf gegen zwei Stimmen gefaßt:

Bezirksvorstand und Vertreter der Unterbezirksleitungen der Bezirksorganisation Offachsens protestieren dagegen, daß der Parteivorstand trotz dringlichstem Ersuchen einer großen Zahl von Bezirksorganisationen und Ortsvereinen die Einberufung eines Parteitages oder einer Reichskonferenz abschiebt und damit im Gegensatz zu der Auffassung weiterer Parteitritte der Reichstagsfraktion Gelegenheit gab, den Eintritt in die große Koalition zu beschließen, bevor die Parteigenossen zu dieser wichtigen Frage der Partitaktik Stellung nehmen und ihre Wünsche kund geben konnten. Die Versammelten sind der Auffassung, daß der Beschluß der Fraktion in diesen Zeiten der dringlichster Wichtigkeit ist. Sie mißbilligen mit aller Entschiedenheit diese Festlegung der Fraktion und Partei, ohne vorherige Anhörung der Parteigenossenchaften. Die Parteiliste muß, wenn sie den Gegensatz zwischen sich und einem großen Teil der Parteigenossenchaft nicht noch mehr vergrößern will, unverzüglich dem wiederholten Ersuchen nachgeben und mindestens eine Reichskonferenz einberufen.

Mit derselben Mehrheit wurde eine Entschließung gefaßt, die die Dresdner Vertreter im Parteiausschuß verpflichtet, beim Parteivorstand und der Kontrollkommission die Einberufung eines Parteitages oder einer Reichskonferenz zu beantragen und zu diesem Zwecke eventuell mit 14 anderen Bezirksorganisationen der Partei in Verbindung zu treten.

Einberufung des Parteiausschusses

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuß für Donnerstag nach Berlin zusammenberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Besprechung der allgemeinen politischen Lage.